

darauf hinweisen, wie den Ausgegrenzten zumute ist.

**OÖN:** Ist die Gewerkschaft noch ein Zukunftsthema?

**Hengsbach:** Mich hat überrascht, dass es in Österreich fast keine Streiks gibt. Gewundert haben mich auch die Verhandlungen zur Flexibilisierung. Das heißt ja im Grunde Arbeitszeitverlängerung. Das kann kein großer Erfolg sein, wenn nicht eine entsprechende Einkommenserhöhung da ist. Es ist den Gewerkschaften in den vergangenen Jahren nicht gelungen, den Reichtumsgewinn der Gesellschaft so zu verteilen, dass die abhängig Beschäftigten einen fairen Anteil haben. Insofern scheint die Position der Gewerkschaften äußerst schwach zu sein.

**OÖN:** Wie stehen Sie zum arbeitslosen Grundeinkommen?

**Hengsbach:** Wenn, wie in Deutschland gegenwärtig Arbeitslose diskriminiert und in pathologische Arbeitsverhältnisse wie Mini-Jobs oder Ein-Euro-Jobs gedrängt werden, ist das bedingungslose Grundeinkommen die Sicherung des Grundrechtes jedes Bürgers, eine Arbeit auch ablehnen zu können. 80 Prozent der Arbeitsplätze sind schlechte Arbeit.

**OÖN:** Ihr Zukunftsentwurf?

**Hengsbach:** Ich sehe, dass durch den momentanen Wirtschaftsaufschwung ein Rausch entsteht, dass man manche abergläubische Vorstellungen – Gürtel enger schnallen, Lohnkosten senken – vergessen hat. Jetzt ist man der Ansicht, dass die ArbeitnehmerInnen einen Anteil am gewachsenen Reichtum verdienen. Das ist für mich etwas erfrischend Neues. Obwohl es zwar immer noch nicht das, was notwendig ist, nach den langjährigen Verzicht. Die Debatte über die Aufsichtskontrolle der Finanzmärkte zeigt, dass die Leute nachdenklich geworden sind. Ist das denn die langfristige Zukunft einer Wirtschaft sein kann, wenn die Unternehmen ausschließlich an kurzfristigen Finanzströmen, am Shareholder Value und der Börsenkursentwicklung interessiert sind und nicht daran, dass Konsumbedürfnisse von Verbrauchern befriedigt werden und Arbeitsplätze geschaffen werden. Dass das Arbeitsvermögen gepflegt und nicht verschrottet wird.

**OÖN:** Ist die Börse per se schlecht?

**Hengsbach:** Nein. Die Finanzmärkte können positive Wirkungen haben. Nur die Schieflage der

Machtverhältnisse auf den Finanzmärkten ist das Problem. Es sind ja nicht die Aktionäre, die die Kurse bestimmen, sondern die Großbanken, Versicherungskonzerne und Investmentfonds.

**OÖN:** Eine Oligarchie?

**Hengsbach:** Absolut. Die Finanzmärkte sind durch Monopole und Oligopole gesteuert. Dadurch kommt es ja zum Herdenverhalten und zur Ablösung der Finanzkurse von den realwirtschaftlichen Prozessen. Das sind keine langfristigen strategischen Entwicklungen, die den Wohlstand der Masse der Bevölkerung heben. Da wird so viel spekuliert, da werden so viele Gewinne abgeschöpft, die auf reiner Spekulation beruhen und keine realen Werte schaffen. Deshalb ist die Kontrolle über die Hedge-Fonds und Offshore-Zentren so dringend notwendig.

**OÖN:** Kann denn das permanente Wachstum des BIP weiterhin als Allheilmittel gelten?

**Hengsbach:** Den Maßstab, die Lebensqualität am Wachstum des BIP pro Kopf zu messen, ist ein Legende, ein Märchen. Denn der Umweltverbrauch oder die gesundheitlichen Schäden bei ArbeitnehmerInnen werden nicht berücksichtigt. Erst dann, wenn Gesundheitsleistungen erbracht werden. Ein völliger Irrsinn. Man müsste einen anderen Maßstab haben. Etwa ob man nicht als Lebensqualität das misst, wie junge Paare oder Haushalte ihre gewünschte Zeit und ihre tatsächliche verbrachte Zeit in Beziehung setzen. Wenn sich also die tatsächlich verbrachte Zeit, etwa die Arbeitszeit der gewünschten Zeit annähert, wäre das eine Steigerung der Lebensqualität.

**OÖN:** Dann ginge unsere Arbeitszeit gegen Null ...

**Hengsbach:** Muss nicht sein. Dann müsste die Arbeit und die Arbeitszeit so gestaltet werden, wie sie gewünscht ist.

**OÖN:** Das hieße, die Sprache von Buchhaltung und Betriebswirtschaft massiv zu verändern ...

**Hengsbach:** Das denke ich auch. Es gibt bereits Unternehmen, die das schon stark reflektieren. Die sehen, dass es falsch ist, nur die Steigerung des Geldvermögens als Ziel des Unternehmens anzusehen. Das kostbarste Vermögen, das Arbeits-, Umwelt- und Gesellschaftsvermögen, wird verschlissen zugunsten des kurzfristigen Geldvorteils. Das ist die kapitalistische Wirtschaft.

vom 26.05.2007

Original-LINK: <http://www.nachrichten.at/magazin/553264?PHPSESSID=d5641615279106ed77445d1e070823ec>

## Der Eine schuffet, der Andere erbt

**Auf Einladung der Katholischen ArbeitnehmerInnen-Bewegung referierte diese Woche der deutsche Ökonom und Jesuit Friedhelm Hengsbach vor dem Linzer Sozialstammtisch. Zu hören waren ungewöhnlich offene Worte.**

**Von Klaus Buttinger**

Ein Gespräch über Gerechtigkeit und Sozialstaat, Chancengleichheit und Eliten.

**OÖN:** Ihr großes Lebensthema ist Gerechtigkeit. Wie ist es um sie in unserer Gesellschaft bestellt?

**Hengsbach:** Die soziale Gerechtigkeit hat in den vergangenen Jahren ab- und die Ungleichheit zugenommen. In allen europäischen Ländern gibt es ein höheres Armutsrisiko und beim unteren Drittel der Bevölkerung eine Abwärtsspirale bei Lebensqualität und Lebenschancen, während im oberen Bereich die Einkommen, die Vermögensbestände und die Lebenschancen wachsen. Die Arbeitsverhältnisse sind unsicher geworden, die Sorgen um den Arbeitsplatz größer. Befristet sind anstelle unbefristeter getreten. Die Sorgen den Arbeitsplatz zu verlieren, ist bei einer großen Anzahl abhängig Beschäftigter verbreitet.

**OÖN:** Fußt diese Entwicklung auf einer Schieflage in der Verteilung?

**Hengsbach:** Ungleichheit muss nicht gleich Ungerechtigkeit sein. Aber wenn man sieht, dass Leute sich gleich anstrengen aber ungleich entlohnt werden, wenn Männer und Frauen gleiche Arbeit leisten aber nicht das gleiche Einkommen haben, wenn der Zugang zur Bildung vom Einkommen und Bildungsstand der Eltern abhängen, dann stimmt nicht, was so gerne in der Öffentlichkeit verkündet wird, nämlich Leistung müsse sich. Es merken auch immer mehr Leute, dass die Einen ihr Leben lang schuffen müssen und der Andere lebt vom Erbe. Oder dass Manager das 300fache verdienen von einem durchschnittlichen Arbeiter.

**OÖN:** In Österreich ist die Erbschaftssteuer gefallen und der Kanzler verkündet: „Steuern runter macht Österreich munter.“ Was sagt Ihnen das?

**Hengsbach:** Das sagt mir, dass der Steuerwettbewerb der Nationalstaaten ein Rattenrennen ist. Das Ergebnis: Alle Staaten stehen nachher schlechter da. Es ist so wie im Kino: Wenn in der ersten Reihe jemand sitzt mit großer Mähne, steht der hinter ihm auf. Bald stehen alle. Sie haben ihre Sichtverhältnisse nicht verbessert, aber es ist unbequemer geworden. Seit es den Steuerwettbewerb gibt, sind die Steuern höher geworden. Die Kosten sind auf die Bevölkerung verschoben worden.

**OÖN:** Auf die Unselbstständigen, oder?

**Hengsbach:** Die Steuerbelastung wurde den der Lohnabhängigen aufgeladen, auch über Mehrwertsteuer und Mineralölsteuer. Der Anteil am Gesamtsteueraufkommen wird durch breite Bevölkerungsschichten aufgebracht. Die oberen Einkommensschichten sind massiv entlastet worden. Man meinte, man könnte damit Wachstum und Beschäftigung erzeugen, was aber seit zwanzig Jahren nicht der Fall ist. Das kann nicht funktionieren.

**OÖN:** Warum nicht?

**Hengsbach:** Das ist eine Legende, die davon ausging: Wenn die Gewinne steigen, wird real investiert und damit Arbeitsplätze geschaffen. Angesichts der Dominanz der internationalen Finanzmärkte legen Unternehmen oder Selbstständige ihre Gewinne dort an. Das Geld zirkuliert rein in der monetären Sphäre. Auf den Finanzmärkten werden Renditen erwirtschaftet durch hochspekulative Anlagen, zum Teil durch Geldwäsche in den Off-Shore-Zentren, die in der realen Wirtschaft überhaupt nicht erreichbar sind.

**OÖN:** Gleichzeitig wird die Politik nicht müde zu erklären, der Sozialstaat sei in einer Krise, er müsse modernisiert werden ...

**Hengsbach:** Seit 20, 30 Jahren verkündet, dass der Sozialstaat das Problem sei. Man könnte das umdrehen: Die sozialen Sicherungssysteme, Gesundheits-, Pensions- und Arbeitslosenversicherung schaffen ja für Arbeitnehmer eine gewisse Sicherheit, damit auch Stärkung der Motivation, sich zu engagieren. Der Sozialstaat ist also im Grunde ein Beitrag zur hohen Produktivität der Wirtschaft in den Industrieländern.

Das zweite ist: Der Sozialstaat ist aber auch deshalb in die Krise geraten, weil er auf neue Risiken – im privaten und Beziehungsbereich – überhaupt keine Antworten zur Sicherung hat. Denn das sind gesellschaftliche Risiken. Allein die Zugehörigkeit zum weiblichen Geschlecht ist ein soziales Risiko, das vom Sozialstaat nicht ausreichend abgesichert ist. Das wird den einzelnen Frauen aufgeladen. Dazu kommt: Ein soziales Sicherungssystem, das ausschließlich auf den Einkommen der abhängig Beschäftigten ruht, kann in der gegenwärtigen Situation, wo der Anteil der Arbeitseinkommen am Volkseinkommen sinkt und der Anteil aus Kapitaleinkommen steigt, wäre es sinnvoll alle Einkommen für die soziale und solidarische Sicherung heranzuziehen. Das wäre die Antwort. Nicht, auf den Markt zu vertrauen, Stichwort private Vorsorge.

**OÖN:** Wer definiert denn heute soziale Gerechtigkeit in unserer Gesellschaft?

**Hengsbach:** Wir müssen uns in einem mühsamen und wahrscheinlich konfliktreichen Dialog selbst darüber verständigen, was für alle verbindlich sein soll.

**OÖN:** „Wir“ heißt wer?

**Hengsbach:** Die moderne Gesellschaft hat Teilgruppen, die alle verschiedene Vorstellungen vom guten Leben. Kein Milieu darf sagen, was für alle verbindlich sein soll. Also muss es über die öffentliche Meinung und die politische Auseinandersetzung, was für alle als verbindliche Norm gelten soll. Als Basis haben wir uns auf die Menschenrechte verständigt. In unserer demokratischen Gesellschaft gilt: Vor allen Unterschieden der Rasse, oder der Konfessions- und Geschlechtszugehörigkeit hat jeder das Recht als Gleicher anerkannt und behandelt zu werden. Das Kernelement von Gerechtigkeit hat mit Gleichheit zu tun.

**OÖN:** Angesichts der Gerechtigkeitsschieflage stellt sich die Frage: Wo ist denn da die Politik mit neuen Entwürfen?

**Hengsbach:** Ich habe den Eindruck, dass alle Politiker hinter vorgehaltener Hand darüber reden. Sie haben einen neuen Begriff für Gerechtigkeit der den großen Herausforderungen der Globalisierung und des demografischen Wandels entsprechen soll, nämlich Chancengleichheit.

**OÖN:** Die gibt's doch auch nur auf dem Papier

**Hengsbach:** Die funktioniert auch nicht. Aber dahinter steht die Erwartung: Wenn wir den Gerechtigkeitsbegriffe umdefinieren auf größere Differenzierung hin, dann kann die Politik sagen: Das sei Chancengleichheit, gleiche Startbedingungen und dann sollen die Leute laufen. Wer stark und kräftig ist, kommt eher ans Ziel.

**OÖN:** Nun wird der Starke zunehmend mehr gefördert. Stichwort Elitenförderung und -bildung.

**Hengsbach:** Die Politik sieht immer nur die Anstrengungen der Eliten. Dass sich zum Beispiel Frauen zum Beispiel genauso anstrengen, in der Familie, und Andere in der Arbeitswelt wird unter den Tisch gekehrt. Man hat so eine Ideologie, dass die Differenz mehr zählt als die Gleichheit. Kern der Gerechtigkeit bleibt aber die moralische Gleichheit, dass wir in uns in einer demokratischen Gesellschaft wechselseitig als gleich anerkennen. Und erst dann sollte man sich fragen, wie welche Differenzen honoriert werden, die auf persönlichen Engagement beruhen und nicht auf dem elterlichen Einkommen, den Beziehungsgeflechten oder auf der gesellschaftlichen Macht. Eine schöne Formel für Gerechtigkeit finde ich, dass die gesellschaftlichen Machtverhältnisse gerechtfertigt werden müssen vor denen, die am meisten davon betroffen sind, nämlich die am schlechtesten Gestellten. Die am wenigsten Begünstigten müssten ein Veto-Recht haben, wenn es darum geht, die Differenzen der Gesellschaft zu bestimmen. Die Reinigungsfrau zum Beispiel bei der Raiffeisenbank müsste ein Veto-Recht haben für das Ausmaß der Differenz zwischen ihrem Einkommen und dem Einkommen des ersten Vorsitzenden. Denn die Gerechtigkeit einer Gesellschaft stellt sich darin dar, wie sie mit denen am Rande Lebenden, den Ausgegrenzten, vielleicht sogar den Illegalen umgeht.

**OÖN:** Wie mächtig ist denn die Politik noch, solche Konzepte umzusetzen?

**Hengsbach:** Die Politiker haben sich eine Zeit lang wie kollektive Geiseln verhalten. Die Verfilzung von kapitalistischer Wirtschaft und den politischen Eliten war offensichtlich sehr eng. Politiker haben diese entfesselten Finanzmärkte durch ihre eigenen Entscheidungen verursacht. Heute merken sie – zuletzt durch den Aufschrei über die Heuschrecken – dass sie selbst auch die Dinge verändern können. Das heißt: die Finanzmärkte zum Teil jedenfalls der Aufsicht und Kontrolle unterwerfen können. Nicht umsonst wird jetzt über dem G8-Gipfel diskutiert, wie man diese hochspekulativen Fonds oder die freien Bankzonen zumindest in den Griff bekommt

**OÖN:** Ist das der Politik tatsächlich ein Bedürfnis?

**Hengsbach:** Ja, weil die Politiker merken, dass die Entwicklung - Börsenkurse steigen, der Wert der Arbeit verfällt - ihre eigene Legitimität in Frage stellt. Gerade diejenigen, die von wirtschaftlichen Krisen oder sozialer Ausgrenzung, Reformen genannt, betroffen sind, nicht mehr zur Wahl gehen?

**OÖN:** Hat die Politik den Focus auf den Menschen aus dem Auge verloren?

**Hengsbach:** Die repräsentative Demokratie muss mit dem Vorwurf leben, dass da postdemokratische Zustände herrschen, dass die Finanzmärkte die fünften Gewalt sind, dass die Regierungen eher auf die Interessen der transnationalen Finanzmärkte der wirtschaftlichen Eliten schauen, als dass sie die Interessen der breiten Bevölkerungsschicht abfragen oder auf die Beteiligung des Volkes an politischer Entscheidungsfindung interessiert ist. Auf der anderen Seite gibt es Gegenbewegungen, in Deutschland die Linkspartei, in einem Tempo, in dem das die Grünen vor zwanzig Jahren gar nicht geschafft haben.

**OÖN:** In Österreich steht links von der Mittepartei SPÖ fast nichts ...

**Hengsbach:** Das liegt wohl daran, dass hier eine viel größere Konsensorientierung herrscht. In Deutschland ist jetzt schon absehbar, dass die große Koalition zerbrechen wird, weil der Druck der Linkspartei auf die SPD so stark ist, dass die SPD ihre Identität neu definieren muss, wenn sie entsprechende Erfolge bei der nächsten Wahl haben will.

**OÖN:** Sarkastisch formuliert, sind Neudefinitionen bei den Sozialdemokraten ja gewissermaßen geschichtliche Tradition ...

**Hengsbach:** Es ist ganz eigenartig, wie die Sozialdemokraten durch die Ära Blair und Schröder in ein sozialpolitisches Vakuum hineingeschlittert sind.

**OÖN:** Sie haben einmal geschrieben, die arbeitende Bevölkerung werde über den Tisch gezogen. Halten Sie das aufrecht?

**Hengsbach:** Der Versuch wurde gemacht durch die sozialen Einschnitte, die als Reformen propagiert

wurden. Hartz-IV ist eine Spirale der Verarmung geworden und der Rechtsverletzung. Was da durch die politische Elite, durch offensive, aggressive Manager den Betroffenen zugemutet wird, ist verfassungswidrig und eine skandalöse Verletzung der Grundrechte.

**OÖN:** Der Globalisierungsdruck muss als Argument für „Reformen“ herhalten. Zurecht?

**Hengsbach:** Der Globalisierungsdruck muss herhalten um zu argumentieren, der Gürtel müsse enger geschnallt werden. Was dabei auffällt, ist, dass in Österreich wie in Deutschland der größte Teil des Außenhandels, 70 Prozent, mit den europäischen Ländern abgewickelt wird. Das heißt, die so genannte Niedriglohnkonkurrenz aus osteuropäischen oder südasiatischen Ländern ist auch für die österreichische Wirtschaft gar nicht so relevant, wie das in der Öffentlichkeit dargestellt wird.

**OÖN:** Globalisierung – bloß ein Druckmittel?

**Hengsbach:** Ja, doch immer. Globalisierung zwingt uns dazu, alle sozialen Errungenschaften auf den Prüfstand zu stellen, der Sozialstaat wird umgebaut, nicht abgebaut, und ich habe den Eindruck, dass auch hier die Einschnitte etwa die Flexibilisierungsmaßnahmen der Arbeitszeit damit begründet werden - das sind ja im Grunde Lohnsenkungen. So als müsste Österreich mit dem Tschad oder Taiwan in Konkurrenz treten. Was mich auch gewundert hat, dass die Lohnquote in den 20 Jahren gesunken ist. Die Umverteilung von den Lohn- zu den Gewinneinkommen hat es in Österreich gegeben wie in Deutschland. Und auch hier ist die Armutsrisikoquote auf 12 Prozent gestiegen.

**OÖN:** Wohin mit dem Zorn, mit dem Frust über diese Entwicklung?

**Hengsbach:** Das erste, wenn man wahrnimmt, wie Menschen in die Armut gedrängt werden, ist die Empörung und die Wut, dass so etwas in einem so reichen demokratischen Land vorkommen kann. Man muss sich fragen, wo sind die Gruppen, die Mitgefühl für diese Menschen, sie nicht verurteilen und sagen „die sind selbst an ihrem Schicksal schuld, wer arbeitslos ist, soll sich mal rasieren und waschen, sich qualifizieren lassen, dann kriegt er einen Arbeitsplatz“. Da zähle ich in den Kirchen schon viele Gruppierungen, die die Öffentlichkeit

Original-LINK: <http://www.nachrichten.at/magazin/553264?PHPSESSID=d5641615279106ed77445d1e070823ec>

## Der Eine schuftet, der Andere erbt

**Auf Einladung der Katholischen ArbeitnehmerInnen-Bewegung referierte diese Woche der deutsche Ökonom und Jesuit Friedhelm Hengsbach vor dem Linzer Sozialstammtisch. Zu hören waren ungewöhnlich offene Worte.**

**Von Klaus Buttinger**

Ein Gespräch über Gerechtigkeit und Sozialstaat, Chancengleichheit und Eliten.

**OÖN:** Ihr großes Lebensthema ist Gerechtigkeit. Wie ist es um sie in unserer Gesellschaft bestellt?

**Hengsbach:** Die soziale Gerechtigkeit hat in den vergangenen Jahren ab- und die Ungleichheit zugenommen. In allen europäischen Ländern gibt es ein höheres Armutsrisiko und beim unteren Drittel der Bevölkerung eine Abwärtsspirale bei Lebensqualität und Lebenschancen, während im oberen Bereich die Einkommen, die Vermögensbestände und die Lebenschancen wachsen. Die Arbeitsverhältnisse sind unsicher geworden, die Sorgen um den Arbeitsplatz größer. befristet sind anstelle unbefristeter getreten. Die Sorgen den Arbeitsplatz zu verlieren, ist bei einer großen Anzahl abhängig Beschäftigter verbreitet.

**OÖN:** Fußt diese Entwicklung auf einer Schieflage in der Verteilung?

**Hengsbach:** Ungleichheit muss nicht gleich Ungerechtigkeit sein. Aber wenn man sieht, dass Leute sich gleich anstrengen aber ungleich entlohnt werden, wenn Männer und Frauen gleiche Arbeit leisten aber nicht das gleiche Einkommen haben, wenn der Zugang zur Bildung vom Einkommen und Bildungsstand der Eltern abhängen, dann stimmt nicht, was so gerne in der Öffentlichkeit verkündet wird, nämlich Leistung müsse sich. Es merken auch immer mehr Leute, dass die Einen ihr Leben lang schufteten müssen und der Andere lebt vom Erbe. Oder dass Manager das 300fache verdienen von einem durchschnittlichen Arbeiter.

**OÖN:** In Österreich ist die Erbschaftssteuer gefallen und der Kanzler verkündet: „Steuern runter macht Österreich munter.“ Was sagt Ihnen das?

**Hengsbach:** Das sagt mir, dass der Steuerwettbewerb der Nationalstaaten ein Rattenrennen ist. Das Ergebnis: Alle Staaten stehen nachher schlechter da. Es ist so wie im Kino: Wenn in der ersten Reihe jemand sitzt mit großer Mähne, steht der hinter ihm auf. Bald stehen alle. Sie haben ihre Sichtverhältnisse nicht verbessert, aber es ist unbequemer geworden. Seit es den Steuerwettbewerb gibt, sind die Steuern höher geworden. Die Kosten sind auf die Bevölkerung verschoben worden.

**OÖN:** Auf die Unselbstständigen, oder?

**Hengsbach:** Die Steuerbelastung wurde den der Lohnabhängigen aufgeladen, auch über Mehrwertsteuer und Mineralölsteuer. Der Anteil am Gesamtsteueraufkommen wird durch breite Bevölkerungsschichten aufgebracht. Die oberen Einkommensschichten sind massiv entlastet worden. Man meinte, man könnte damit Wachstum und Beschäftigung erzeugen, was aber seit zwanzig Jahren nicht der Fall ist. Das kann nicht funktionieren.

**OÖN:** Warum nicht?

**Hengsbach:** Das ist eine Legende, die davon ausging: Wenn die Gewinne steigen, wird real investiert und damit Arbeitsplätze geschaffen. Angesichts der Dominanz der internationalen Finanzmärkte legen Unternehmen oder Selbstständige ihre Gewinne dort an. Das Geld zirkuliert rein in der monetären Sphäre. Auf den Finanzmärkten werden Renditen erwirtschaftet durch hochspekulative Anlagen, zum Teil durch Geldwäsche in den Off-Shore-Zentren, die in der realen Wirtschaft überhaupt nicht erreichbar sind.

**OÖN:** Gleichzeitig wird die Politik nicht müde zu erklären, der Sozialstaat sei in einer Krise, er müsse modernisiert werden ...

**Hengsbach:** Seit 20, 30 Jahren verkündet, dass der Sozialstaat das Problem sei. Man könnte das umdrehen: Die sozialen Sicherungssysteme, Gesundheits-, Pensions- und Arbeitslosenversicherung schaffen ja für Arbeitnehmer eine gewisse Sicherheit, damit auch Stärkung der Motivation, sich zu engagieren. Der Sozialstaat ist also im Grunde ein Beitrag zur hohen Produktivität der Wirtschaft in den Industrieländern.

Das zweite ist: Der Sozialstaat ist aber auch deshalb in die Krise geraten, weil er auf neue Risiken – im privaten und Beziehungsbereich – überhaupt keine Antworten zur Sicherung hat. Denn das sind gesellschaftliche Risiken. Allein die Zugehörigkeit zum weiblichen Geschlecht ist ein soziales Risiko, das vom Sozialstaat nicht ausreichend abgesichert ist. Das wird den einzelnen Frauen aufgeladen. Dazu kommt: Ein soziales Sicherungssystem, das ausschließlich auf den Einkommen der abhängig Beschäftigten ruht, kann in der gegenwärtigen Situation, wo der Anteil der Arbeitseinkommen am Volkseinkommen sinkt und der Anteil aus Kapitaleinkommen steigt, wäre es sinnvoll alle Einkommen für die soziale und solidarische Sicherung heranzuziehen. Das wäre die Antwort. Nicht, auf den Markt zu vertrauen, Stichwort private Vorsorge.

**OÖN:** Wer definiert denn heute soziale Gerechtigkeit in unserer Gesellschaft?

**Hengsbach:** Wir müssen uns in einem mühsamen und wahrscheinlich konfliktreichen Dialog selbst darüber verständigen, was für alle verbindlich sein soll.

**OÖN:** „Wir“ heißt wer?

**Hengsbach:** Die moderne Gesellschaft hat Teilgruppen, die alle verschiedene Vorstellungen vom guten Leben. Kein Milieu darf sagen, was für alle verbindlich sein soll. Also muss es über die öffentliche Meinung und die politische Auseinandersetzung, was für alle als verbindliche Norm gelten soll. Als Basis haben wir uns auf die Menschenrechte verständigt. In unserer demokratische Gesellschaft gilt: Vor allen Unterschieden der Rasse, oder der Konfessions- und Geschlechtszugehörigkeit hat jeder das Recht als Gleicher anerkannt und behandelt zu werden. Das Kernelement von Gerechtigkeit hat mit Gleichheit zu tun.

**OÖN:** Angesichts der Gerechtigkeitsschieflage stellt sich die Frage: Wo ist denn da die Politik mit neuen Entwürfen?

**Hengsbach:** Ich habe den Eindruck, dass alle Politiker hinter vorgehaltener Hand darüber reden. Sie haben einen neuen Begriff für Gerechtigkeit der den großen Herausforderungen der Globalisierung und des demografischen Wandels entsprechen soll, nämlich Chancengleichheit.

**OÖN:** Die gibt's doch auch nur auf dem Papier ...

**Hengsbach:** Die funktioniert auch nicht. Aber dahinter steht die Erwartung: Wenn wir den Gerechtigkeitsbegriffe umdefinieren auf größere Differenzierung hin, dann kann die Politik sagen: Das sei Chancengleichheit, gleiche Startbedingungen und dann sollen die Leute laufen. Wer stark und kräftig ist, kommt eher ans Ziel.

**OÖN:** Nun wird der Starke zunehmend mehr gefördert. Stichwort Elitenförderung und -bildung.

**Hengsbach:** Die Politik sieht immer nur die Anstrengungen der Eliten. Dass sich zum Beispiel Frauen zum Beispiel genauso anstrengen, in der Familie, und Andere in der Arbeitswelt wird unter den Tisch gekehrt. Man hat so eine Ideologie, dass die Differenz mehr zählt als die Gleichheit. Kern der Gerechtigkeit bleibt aber die moralische Gleichheit, dass wir in uns in einer demokratischen Gesellschaft wechselseitig als gleich anerkennen. Und erst dann sollte man sich fragen, wie welche Differenzen honoriert werden, die auf persönlichen Engagement beruhen und nicht auf dem elterlichen Einkommen, den Beziehungsgeflechten oder auf der gesellschaftlichen Macht. Eine schöne Formel für Gerechtigkeit finde ich, dass die gesellschaftlichen Machtverhältnisse gerechtfertigt werden müssen vor denen, die am meisten davon betroffen sind, nämlich die am schlechtesten Gestellten. Die am wenigsten Begünstigten müssten ein Veto-Recht haben, wenn es darum geht, die Differenzen der Gesellschaft zu bestimmen. Die Reinigungsfrau zum Beispiel bei der Raiffeisenbank müsste ein Veto-Recht haben für das Ausmaß der Differenz zwischen ihrem Einkommen und dem Einkommen des ersten Vorsitzenden. Denn die Gerechtigkeit einer Gesellschaft stellt sich darin dar, wie sie mit denen am Rande Lebenden, den Ausgegrenzten, vielleicht sogar den Illegalen umgeht.

**OÖN:** Wie mächtig ist denn die Politik noch, solche Konzepte umzusetzen?

**Hengsbach:** Die Politiker haben sich eine Zeit lang wie kollektive Geiseln verhalten. Die Verfilzung von kapitalistischer Wirtschaft und den politischen Eliten war offensichtlich sehr eng. Politiker haben diese entfesselten Finanzmärkte durch ihre eigenen Entscheidungen verursacht. Heute merken sie – zuletzt durch den Aufschrei über die Heuschrecken – dass sie selbst auch die Dinge verändern können. Das heißt: die Finanzmärkte zum Teil jedenfalls der Aufsicht und Kontrolle unterwerfen können. Nicht umsonst wird jetzt über dem G8-Gipfel diskutiert, wie man diese hochspekulativen Fonds oder die freien Bankzonen zumindest in den Griff bekommt.

**OÖN:** Ist das der Politik tatsächlich ein Bedürfnis?

**Hengsbach:** Ja, weil die Politiker merken, dass die Entwicklung - Börsenkurse steigen, der Wert der Arbeit verfällt - ihre eigene Legitimität in Frage stellt. Gerade diejenigen, die von wirtschaftlichen Krisen oder sozialer Ausgrenzung, Reformen genannt, betroffen sind, nicht mehr zur Wahl gehen?

**OÖN:** Hat die Politik den Focus auf den Menschen aus dem Auge verloren?

**Hengsbach:** Die repräsentative Demokratie muss mit dem Vorwurf leben, dass da postdemokratische Zustände herrschen, dass die Finanzmärkte die fünften Gewalt sind, dass die Regierungen eher auf die Interessen der transnationalen Finanzmärkte der wirtschaftlichen Eliten schauen, als dass sie die Interessen der breiten Bevölkerungsschicht abfragen oder auf die Beteiligung des Volkes an politischer Entscheidungsfindung interessiert ist. Auf der anderen Seite gibt es Gegenbewegungen, in Deutschland die Linkspartei, in einem Tempo, in dem das die Grünen vor zwanzig Jahren gar nicht geschafft haben.

**OÖN:** In Österreich steht links von der Mittepartei SPÖ fast nichts ...

**Hengsbach:** Das liegt wohl daran, dass hier eine viel größere Konsensorientierung herrscht. In Deutschland ist jetzt schon absehbar, dass die große Koalition zerbrechen wird, weil der Druck der Linkspartei auf die SPD so stark ist, dass die SPD ihre Identität neu definieren muss, wenn sie entsprechende Erfolge bei der nächsten Wahl haben will.

**OÖN:** Sarkastisch formuliert, sind Neudefinitionen bei den Sozialdemokraten ja gewissermaßen geschichtliche Tradition ...

**Hengsbach:** Es ist ganz eigenartig, wie die Sozialdemokraten durch die Ära Blair und Schröder in ein sozialpolitisches Vakuum hineingeschlittert sind.

**OÖN:** Sie haben einmal geschrieben, die arbeitende Bevölkerung werde über den Tisch gezogen. Halten Sie das aufrecht?

**Hengsbach:** Der Versuch wurde gemacht durch die sozialen Einschnitte, die als Reformen propagiert

wurden. Hartz-IV ist eine Spirale der Verarmung geworden und der Rechtsverletzung. Was da durch die politische Elite, durch offensive, aggressive Manager den Betroffenen zugemutet wird, ist verfassungswidrig und eine skandalöse Verletzung der Grundrechte.

**OÖN:** Der Globalisierungsdruck muss als Argument für „Reformen“ herhalten. Zurecht?

**Hengsbach:** Der Globalisierungsdruck muss herhalten um zu argumentieren, der Gürtel müsse enger geschnallt werden. Was dabei auffällt, ist, dass in Österreich wie in Deutschland der größte Teil des Außenhandels, 70 Prozent, mit den europäischen Ländern abgewickelt wird. Das heißt, die so genannte Niedriglohnkonkurrenz aus osteuropäischen oder südostasiatischen Ländern ist auch für die österreichische Wirtschaft gar nicht so relevant, wie das in der Öffentlichkeit dargestellt wird.

**OÖN:** Globalisierung – bloß ein Druckmittel?

**Hengsbach:** Ja, doch immer. Globalisierung zwingt uns dazu, alle sozialen Errungenschaften auf den Prüfstand zu stellen, der Sozialstaat wird umgebaut, nicht abgebaut, und ich habe den Eindruck, dass auch hier die Einschnitte etwa die Flexibilisierungsmaßnahmen der Arbeitszeit damit begründet werden - das sind ja im Grunde Lohnsenkungen. So als müsste Österreich mit dem Tschad oder Taiwan in Konkurrenz treten. Was mich auch gewundert hat, dass die Lohnquote in den 20 Jahren gesunken ist. Die Umverteilung von den Lohn- zu den Gewinneinkommen hat es in Österreich gegeben wie in Deutschland. Und auch hier ist die Armutsrisikoquote auf 12 Prozent gestiegen.

**OÖN:** Wohin mit dem Zorn, mit dem Frust über diese Entwicklung?

**Hengsbach:** Das erste, wenn man wahrnimmt, wie Menschen in die Armut gedrängt werden, ist die Empörung und die Wut, dass so etwas in einem so reichen demokratischen Land vorkommen kann. Man muss sich fragen, wo sind die Gruppen, die Mitgefühl für diese Menschen, sie nicht verurteilen und sagen „die sind selbst an ihrem Schicksal schuld, wer arbeitslos ist, soll sich mal rasieren und waschen, sich qualifizieren lassen, dann kriegt er einen Arbeitsplatz“. Da zähle ich in den Kirchen schon viele Gruppierungen, die die Öffentlichkeit

darauf hinweisen, wie den Ausgegrenzten zumute ist.

**OÖN:** Ist die Gewerkschaft noch ein Zukunftsthema?

**Hengsbach:** Mich hat überrascht, dass es in Österreich fast keine Streiks gibt. Gewundert haben mich auch die Verhandlungen zur Flexibilisierung. Das heißt ja im Grunde Arbeitszeitverlängerung. Das kann kein großer Erfolg sein, wenn nicht eine entsprechende Einkommenserhöhung da ist. Es ist den Gewerkschaften in den vergangenen Jahren nicht gelungen, den Reichtumsgewinn der Gesellschaft so zu verteilen, dass die abhängig Beschäftigten einen fairen Anteil haben. Insofern scheint die Position der Gewerkschaften äußerst schwach zu sein.

**OÖN:** Wie stehen Sie zum arbeitslosen Grundeinkommen?

**Hengsbach:** Wenn, wie in Deutschland gegenwärtig Arbeitslose diskriminiert und in pathologische Arbeitsverhältnisse wie Mini-Jobs oder Ein-Euro-Jobs gedrängt werden, ist das bedingungslose Grundeinkommen die Sicherung des Grundrechtes jedes Bürgers, eine Arbeit auch ablehnen zu können. 80 Prozent der Arbeitsplätze sind schlechte Arbeit.

**OÖN:** Ihr Zukunftsentwurf?

**Hengsbach:** Ich sehe, dass durch den momentanen Wirtschaftsaufschwung ein Rausch entsteht, dass man manche abergläubische Vorstellungen – Gürtel enger schnallen, Lohnkosten senken – vergessen hat. Jetzt ist man der Ansicht, dass die ArbeitnehmerInnen einen Anteil am gewachsenen Reichtum verdienen. Das ist für mich etwas erfrischend Neues. Obwohl es zwar immer noch nicht das, was notwendig ist, nach den langjährigen Verzichten. Die Debatte über die Aufsichtskontrolle der Finanzmärkte zeigt, dass die Leute nachdenklich geworden sind. Ist das denn die langfristige Zukunft einer Wirtschaft sein kann, wenn die Unternehmen ausschließlich an kurzfristigen Finanzströmen, am Shareholder Value und der Börsenkursentwicklung interessiert sind und nicht daran, dass Konsumbedürfnisse von Verbrauchern befriedigt werden und Arbeitsplätze geschaffen werden. Dass das Arbeitsvermögen gepflegt und nicht verschrottet wird.

**OÖN:** Ist die Börse per se schlecht?

**Hengsbach:** Nein. Die Finanzmärkte können positive Wirkungen haben. Nur die Schieflage der

Machtverhältnisse auf den Finanzmärkten ist das Problem. Es sind ja nicht die Aktionäre, die die Kurse bestimmen, sondern die Großbanken, Versicherungskonzerne und Investmentfonds.

**OÖN:** Eine Oligarchie?

**Hengsbach:** Absolut. Die Finanzmärkte sind durch Monopole und Oligopole gesteuert. Dadurch kommt es ja zum Herdenverhalten und zur Ablösung der Finanzkurse von den realwirtschaftlichen Prozessen. Das sind keine langfristigen strategischen Entwicklungen, die den Wohlstand der Masse der Bevölkerung heben. Da wird so viel spekuliert, da werden so viele Gewinne abgeschöpft, die auf reiner Spekulation beruhen und keine realen Werte schaffen. Deshalb ist die Kontrolle über die Hedge-Fonds und Offshore-Zentren so dringend notwendig.

**OÖN:** Kann denn das permanente Wachstum des BIP weiterhin als Allheilmittel gelten?

**Hengsbach:** Den Maßstab, die Lebensqualität am Wachstum des BIP pro Kopf zu messen, ist ein Legende, ein Märchen. Denn der Umweltverbrauch oder die gesundheitlichen Schäden bei ArbeitnehmerInnen werden nicht berücksichtigt. Erst dann, wenn Gesundheitsleistungen erbracht werden. Ein völliger Irrsinn. Man müsste einen anderen Maßstab haben. Etwa ob man nicht als Lebensqualität das misst, wie junge Paare oder Haushalte ihre gewünschte Zeit und ihre tatsächliche verbrachte Zeit in Beziehung setzen. Wenn sich also die tatsächlich verbrachte Zeit, etwa die Arbeitszeit der gewünschten Zeit annähert, wäre das eine Steigerung der Lebensqualität.

**OÖN:** Dann ginge unsere Arbeitszeit gegen Null ...

**Hengsbach:** Muss nicht sein. Dann müsste die Arbeit und die Arbeitszeit so gestaltet werden, wie sie gewünscht ist.

**OÖN:** Das hieße, die Sprache von Buchhaltung und Betriebswirtschaft massiv zu verändern ...

**Hengsbach:** Das denke ich auch. Es gibt bereits Unternehmen, die das schon stark reflektieren. Die sehen, dass es falsch ist, nur die Steigerung des Geldvermögens als Ziel des Unternehmens anzusehen. Das kostbarste Vermögen, das Arbeits-, Umwelt- und Gesellschaftsvermögen, wird verschlissen zugunsten des kurzfristigen Geldvorteils. Das ist die kapitalistische Wirtschaft.

vom 26.05.2007